

<https://kolozeg.org/polish-pm-donald-tusk-ushers-in-eu-globalist-policies-appoints-lgbt-activist-as-minister-of-family-shuts-down-opposition-tv-channels-paul-serran/>

Polens Premier Donald Tusk leitet EU-Globalisierungspolitik ein, ernennt LGBT-Aktivisten zum „Familienminister“ und schließt oppositionelle TV-Sender

Tusk wird die alte, erfolglose EU-Politik so schnell wie möglich in Polen implementieren.



Donald Tusk verbuntet Polen

26.12.2023 | Paul Serran

Wie zu erwarten war, hat der globalistische Liberale Donald Tusk nach seinem Amtsantritt als polnischer Premierminister sein Land schnell von der populistisch-nationalistischen Politik der letzten acht Jahre weg rotiert und ihm eine Weltanschauung verpasst, wie sie von Brüssel propagiert wird.

[European Conservative](#) berichtet:

Polens neue globalistische Regierung könnte die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe vorantreiben, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eine Richtlinie erlassen hat.

Der EGMR mit Sitz in Straßburg hat am Dienstag sein Urteil verkündet und erklärt, dass die derzeitigen polnischen Gesetze, die die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau anerkennen, gegen das „Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens“ gemäß Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen.

Dies ist nicht das erste Mal, dass der EGMR beschuldigt wird, sich in die Angelegenheiten souveräner Staaten in Bezug auf LGBT-Themen einzumischen. Im Jahr 2010 war

der Gerichtshof maßgeblich daran beteiligt, die italienische Regierung dazu zu bewegen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften anzuerkennen.

Das in dieser Woche vom EGMR verkündete Urteil zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften könnte der Auftakt zu einer Reihe von liberalen Maßnahmen sein, die unter der neuen Regierung Tusk umgesetzt werden sollen. Der neu installierte Premierminister sagte, die Anerkennung von LGBT-Partnerschaften wäre ein wichtiger symbolischer Sieg über das alte PiS-Regime, obwohl Tusk während des Wahlkampfs Abtreibung und andere soziale Themen heruntergespielt hatte.

Dieser Schwung zeigt sich deutlich in der Wahl seines Kabinetts.



[Ukraine Watch](#) berichtete auf Telegram:

Agnieszka Dziemianowicz-Bąk, eine offene Befürworterin der LGBT-Gemeinschaft, wurde zur neuen Ministerin für Familie und Sozialpolitik ernannt.

Nun, wenn Papst Franziskus erst kürzlich katholischen Priestern erlaubt hat, gleichgeschlechtliche Paare zu segnen, was können wir dann über Polen sagen?

Und, ja, achten Sie auf die Position des Ministers – Familien- und Sozialpolitik! Das ist, als würde man einen Fuchs zum Hüter des Hühnerstalls ernennen.

Um seine Vision in einem gespaltenen Land umsetzen zu können – die scheidenden Nationalisten der PiS waren immerhin die stimmenstärkste Partei – muss Tusk die Kritik in den Medien eindämmen, und um seine Unterstützung zu festigen, rüttelte er die staatlichen Medien durch.

Einige Sender nahm er vom Netz, was Empörung bei den Nationalisten auslöste.

[Bloomberg](#) reported:

Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz entließ am Mittwoch die Führungskräfte der öffentlich-rechtlichen Medien und widersetzte sich damit einer Gruppe von Politikern der Partei Recht und Gerechtigkeit, die die ganze Nacht vor der Zentrale des öffentlich-rechtlichen Fernsehens protestiert hatten. Die Partei, die die Wahlen im Oktober verloren hat, bezeichnete die Entscheidung der Regierung als illegal.

Der Aufschrei verdeutlicht, wie schwer es für das neue Kabinett ist, die Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch Recht und Gerechtigkeit rückgängig zu machen. Internationale Medienrechtsgruppen haben Polens öffentlich-rechtlichen Sendern wiederholt Voreingenommenheit und das Versäumnis vorgeworfen, der pro-europäischen Opposition, die vor zwei Monaten unerwartet die Wahlen gewonnen hat, gleichen Zugang zu gewähren.

Tusk prahlte damit, dass er „24 Stunden“ brauchen würde, um das Fernsehen der Regierungspartei wieder in einen öffentlichen Sender umzuwandeln, wie er es nannte.

Etwa hundert Politiker der PiS (Recht und Gerechtigkeit) strömten durch das Fernsehgebäude.

Das Parlament verabschiedete am Dienstag eine Resolution, in der umfassende personelle Veränderungen bei den staatlich kontrollierten Fernseh- und Radiosendern sowie der Nachrichtenagentur PAP gefordert werden. Daraufhin erklärte eine nationale Medienaufsichtsbehörde, die mit Vertretern von Recht und Gerechtigkeit besetzt ist, dass es keine rechtliche Grundlage für derartige Änderungen gebe.

Der frühere Präsident des EU-Rates, Tusk, wurde häufig in Clips gezeigt, in denen er auf Deutsch spricht, was ihm den Vorwurf einbrachte, dass er auf die Wünsche Berlins einging.

„Die öffentlich-rechtlichen Medien in ihrer jetzigen Form verdienen es überhaupt nicht, aus der Tasche des Steuerzahlers finanziert zu werden“, sagte Tusk. „Die Regierung weigerte sich in dieser Woche, Reporter des staatlichen Fernsehens an der Konferenz des Ministerpräsidenten teilnehmen zu lassen.“